

# Hindernisse auf dem Weg zur Einheitsgewerkschaft

## Japans zersplitterte Arbeiterbewegung

GEBHARD HIELSCHER ✓

Sie kämpfen für höhere Löhne und niedrigere Preise. Sie streiken gegen den Sicherheitsvertrag mit Amerika und für saubere Luft und Wasser. Doch wenn es um die Stärkung ihrer eigenen Macht geht, dann sind sie sich selbst die größten Gegner. Denn Japans mehr als elf Millionen organisierte Arbeitnehmer sind in beinahe 60 000 Gewerkschaften zersplittert.

Ihre Basis ist der Betrieb, ihr Rückgrat das berufslebenslange Mitglied: der noch immer typische „Betriebsbeamte“, welcher nach Schul- oder Hochschulabschluß in eine Firma eintritt und sie erst mit Erreichen der Altersgrenze (um 55 Jahre) verläßt. Das schafft Bindungen, deren Dauerhaftigkeit nur noch von denen zur Familie übertroffen wird. Und denen gegenüber alle weitreichenderen, den Rahmen des Betriebs sprengenden Interessen deutlich zurücktreten müssen.

So wurde die Betriebsgewerkschaft zum Kern der japanischen Arbeiterbewegung. So steht die Betriebsgewerkschaft auch heute im Mittelpunkt aller gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie entscheidet über Streik oder Arbeitsaufnahme. Sie bestimmt die Höhe ihrer Mitgliedsbeiträge und handelt mit dem Arbeitgeber die Löhne, Überstunden und Sozialleistungen aus. Und die Partner eines Tarifsvertrags heißen dementsprechend Betriebsinhaber und Betriebsgewerkschaft. Dachverbände und übergeordnete Berufsorganisationen bleiben unter diesen Umständen darauf beschränkt, Leitlinien aufzustellen und Empfehlungen an ihre Mitglieder auszusprechen. Eine direktere Einflußnahme, insbesondere irgendwelche Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Verbandsbeschlüsse, ist ihnen versagt. Denn eine Gewerkschaftszentrale hat nach diesem System gegenüber den ihr angeschlossenen Einzelgewerkschaften nur so viel Macht, wie diese ihr zu geben bereit sind.

Die Vorrangstellung der Betriebsgewerkschaft gilt mit wenigen Ausnahmen für den gesamten Bereich der Privatindustrie. Nur der Kohlenbergbau, ein Teil der Automobilarbeiter und die Seeleute sind nach dem in Deutschland üblichen Industrieprinzip organisiert (d. h. hier wird von oben nach unten geherrscht, die Zentrale kontrolliert ihren Unterbau auf Bezirks- und Betriebsebene). Selbst im Öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben — Bahn, Post, Tabakmonopol und anderen — dient das betriebsorientierte System als Modell: man betrachtet die verschiedenen Zweigstellen zusammen mit der Hauptverwaltung als eine Betriebseinheit. Genau gesehen gleicht dieser Fall jedoch eher der Firmengewerkschaft größerer Unternehmen, deren mehrere Betriebsgewerkschaften sich oft zu einem einheitlichen Verband zusammenschließen. Geschlossenes Vorgehen gegenüber der Unternehmensleitung ist auch dadurch nicht immer gewährleistet.

Kaum weniger vielfältig als bei den Einzel- und Betriebsgewerkschaften sieht es bei ihren mannigfachen Zusammenschlüssen aus. Fünf Sechstel der fast 60 000 Einzelgewerkschaften gehören irgendwelchen Verbänden an, die sich auf örtlicher oder Firmenebene, nach Berufszweigen, Industrien oder Bezirken organisiert haben. Viele Einzelgewerkschaften gehören zugleich mehreren solcher Verbände an, von denen es Hunderte gibt, deren Gewicht nach Mitgliederzahl und örtlicher Ausdehnung sehr unterschiedlich ist. Ein Großteil dieser Verbände — aber auch viele Einzelgewerkschaften direkt — haben sich ihrerseits zu nationalen Dachverbänden zusammengeschlossen, den sogenannten „National Centers“.

### Die „Großen Drei“

Die drei größten unter ihnen — „Sohyo“, „Domei“ und „Churitsu Roren“ — liefern sich seit Jahren einen oft erbitterten Kampf um die Führung der japanischen Arbeiterbewegung. Unterdessen sind jedoch zwei weitere nationale Zusammenschlüsse neuen Typs entstanden, deren Mitgliedschaft quer durch die bisherigen Dachverbände geht und ihre traditionelle Führungsrolle untergraben könnte: die japanische Sektion des Internationalen Metallarbeiterverbands „IMF-JC“ und der Verband der Privatindustriergewerkschaften „Zenmin Rokon“.

Noch ist „Sohyo“ (zu deutsch: Generalrat der Gewerkschaften Japans) mit seinen 4,26 Millionen Mitgliedern der weitaus stärkste unter den Dachverbänden; und zugleich der größte organisatorische Zusammenschluß in der Geschichte der japanischen Arbeiterbewegung. Doch seine Entwicklung stagniert. Gegenüber 6,2% seines nächsten Rivalen Domei konnte Sohyo im Jahre 1969 einen Mitgliederzuwachs von nur 0,8% verzeichnen. Auch leidet der Verband unter wachsenden Spannungen zwischen seinem privatwirtschaftlichen Flügel und den eindeutig überwiegenden und stark ideologisch ausgerichteten 2,6 Millionen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Zudem mußte die von Sohyo unterstützte „Sozialistische Partei Japans“ (SPJ) bei den letzten Unterhauswahlen Ende 1969 eine vernichtende Niederlage hinnehmen, was nicht ohne Rückwirkungen auf die Politik des Gewerkschaftsverbands blieb<sup>1</sup>. Die damalige Sohyo-Führung sah sich auf Grund des Wahlergebnisses veranlaßt, den geplanten Generalstreik gegen die Verlängerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags im Juni 1970 abzublasen. Damit brach eine jahrelang mit großer Energie geführte Kampagne kurz vor dem geplanten Höhepunkt in sich zusammen. Und Präsident und Generalsekretär übernahmen durch den Rücktritt von ihren Ämtern auf dem Jahreskongreß im August die Verantwortung für dieses Debakel. So hat Sohyo zwanzig Jahre nach seiner Gründung Mitte 1950 den Zenith seiner Entwicklung wohl überschritten. Und die neue Führung unter dem Vorsitzenden Ichikawa und Generalsekretär Oki wird alle Mühe haben, in der Auseinandersetzung um die Zukunft der japanischen Gewerkschaftsbewegung nicht allzu viel Boden zu verlieren.

Ein verstärkter Einsatz für die unmittelbaren Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung — im Gegensatz zur bisherigen Betonung allgemeinerer politischer Belange —

<sup>1</sup> Vgl.: G. Hielscher, Entscheidung für 1970. Zu den japanischen Unterhauswahlen vom 27. 12. 1969, in: Internationales Asienforum 1 (1970), S. 160–167. — Y. Seki, Zur Entwicklung und zum Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung in Japan, in: Internationales Asienforum 1 (1970), S. 548–560.

soll die Voraussetzungen dafür schaffen. Im neuen Aktionsprogramm von Sohyo steht daher der Kampf zum Schutz des Lebens und zur Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen — bessere Wohnungen, Umweltsanierung, niedrigere Steuern, erhöhte Sozialleistungen — gleichberechtigt neben der Forderung nach Verteidigung von Frieden und Demokratie, Abschaffung des Sicherheitsvertrags und bedingungsloser Rückgabe von Okinawa.

Dennoch bleiben Sohyos Kampfziele auch weiterhin an marxistischen Vorstellungen orientiert, die nur durch eine Beseitigung des kapitalistischen Systems im Wege des Klassenkampfes verwirklicht werden können. Hier macht sich das Übergewicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes unter den Sohyo-Mitgliedern bemerkbar: ihre nach dem Gesetz schwächere gewerkschaftliche Stellung treibt sie im Vergleich zu ihren Kollegen aus der Privatwirtschaft zu größerer ideologischer Radikalität. Abgesehen von einer bewußt anti-kommunistischen Phase zur Gründerzeit — Sohyo entstand durch den Auszug des demokratischen Flügels aus dem kommunistisch beherrschten Dachverband „Sanbetsu Kaigi“, der in den ersten Nachkriegsjahren eine führende Rolle gespielt hatte — hatten die Linken in der Gewerkschaftsspitze immer die Oberhand behalten. Unter Generalsekretär Takano, der 1955 von Akira Iwai verdrängt wurde, steuerte Sohyo sogar einen ausgesprochenen pro-kommunistischen Kurs. Iwai gelang es dann jedoch — zusammen mit den Vorsitzenden Kaoru Ota und später Toshikatsu Horii — den Einfluß der Kommunisten im Laufe seiner 15jährigen Amtszeit zurückzudrängen und Sohyo auf einen links-sozialistischen Kurs festzulegen. Das fand seinen Niederschlag in einem förmlichen Beschluß zur ausschließlichen Unterstützung der Sozialistischen Partei und einer im Prinzip neutralen Haltung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung. Sohyo blieb daher sowohl dem westlich orientierten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) als auch dem kommunistisch gesteuerten Weltgewerkschaftsbund (WGB) fern, hinderte jedoch die ihm angeschlossenen Mitgliedsverbände nicht, dem einen oder anderen Bund beizutreten.

Im Gegensatz zu dieser recht zwiespältigen Haltung Sohyos legte sich sein Hauptrivale „Domei“ (zu deutsch: Allgemeiner Arbeiterverband Japans) alsbald nach seiner Gründung im Jahre 1964 durch den Zusammenschluß mehrerer eindeutig sozialdemokratisch ausgerichteter Organisationen unmißverständlich fest: der Verband trat als ganzes dem IBFG bei, seine wichtigsten Mitglieder gingen in die entsprechenden Internationalen Berufssekretariate (ITS). Domei verfügt mittlerweile über eine Gefolgschaft von 1,97 Millionen Mitgliedern, die ganz überwiegend aus der privatwirtschaftlichen Industrie kommen. Und gerade auf diesem Sektor besteht auch die größte Rivalität zu Sohyo: beide Verbände bemühen sich verbissen um die Rekrutierung neuer Privatarbeiter, wobei Domei offensichtlich erfolgreicher war.

Auch Domei ist bisher auf die Unterstützung einer einzigen Partei festgelegt, den „Demokratischen Sozialisten“ (DSP), einer Abspaltung des rechten Flügels der SPJ. Doch spielt das politische Engagement in der Verbandspolitik keine so beherrschende Rolle wie bei Sohyo. Domei hat sich von Anfang an stärker auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konzentriert, was ihm von linken Gegnern als „Ökonomismus“ angekreidet wurde. Seit dem Auszug der Amerikaner aus dem IBFG sind jedoch auch in der Domei-Führung grundsätzliche Spannungen zum Vorschein gekommen. Dabei geht es um das Verhältnis zu den verschiedenen Richtungen in der westlichen Gewerkschaftsbewegung. Während Domei-Vorsitzender

Minoru Takita besonders gute Kontakte zu den europäischen Mitgliedern des IBFG unterhält, soll Generalsekretär Takumi Shigeeda dem amerikanischen Verband AFL/CIO näherstehen. Beide Flügel würden daher einen Wiedereintritt der Amerikaner in den IBFG als einfachsten Weg zur Behebung ihrer Gegensätze begrüßen.

Nummer drei unter den Dachverbänden der japanischen Gewerkschaften ist „Churitsu Roren“ (zu deutsch: Verband der unabhängigen Gewerkschaften). Dieser 1956 entstandene, lockere Zusammenschluß völlig autonomer Einzelverbände vertritt gegenwärtig 1,34 Millionen Mitglieder und zeichnet sich durch das Fehlen einer ausgeprägten Politik der Zentrale aus. Das gilt vor allem im Bereich der internationalen Arbeiterbewegung. Doch läßt sich insoweit wie auch über das Verhältnis zu den anderen japanischen Dachverbänden feststellen, daß die Neigung zur Zusammenarbeit mit Sohyo überwiegt. Und das, obwohl in Churitsu Roren vorwiegend Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft zusammengeschlossen sind.

Es ist üblich, zusammen mit diesen drei großen Dachverbänden noch ein viertes „National Center“ aufzuführen, das zwar grundsätzlich auch in diese Kategorie gehört, aber mit seinen nur 73 000 Mitgliedern kaum eine vergleichbare Rolle spielen kann. Es handelt sich um „Shinsanbetsu“ (zu deutsch: Nationalverband der Industriegewerkschaften), der 1949 durch Austritt aus dem von den Kommunisten kontrollierten Dachverband „Sanbetsu Kaigi“ entstanden ist. Sanbetsu Kaigi besteht heute nicht mehr, nachdem der Auszug der heutigen Sohyo-Gewerkschaften ihm ein Jahr später das Rückgrat gebrochen hatte, doch verfügte der Verband in seinen besten Tagen über nicht weniger als 1,6 Millionen Mitglieder. Shinsanbetsu verfolgt bis heute einen anti-kommunistischen, an sozialdemokratischen Vorstellungen orientierten Kurs – ohne sich jedoch parteipolitisch zu engagieren – und steht damit Domei nahe.

## Neue Perspektiven

Die Rivalitäten unter den führenden Dachverbänden der japanischen Gewerkschaftsbewegung wurden Mitte der sechziger Jahre durch das Auftauchen eines in diesem Lande neuartigen Verbandstyps vorübergehend neutralisiert, dem IMF-JC (Abkürzung für: International Metal Workers Federation-Japan Council). Im Jahre 1964 auf Initiative der von Otto Brenner geführten Metallarbeiterinternationale gegründet ist der IMF-JC inzwischen zum größten und bedeutendsten Industrieverband in Japan geworden. Seine Mitgliedschaft rekrutiert sich aus den vier traditionellen Dachverbänden sowie unabhängigen Zusammenschlüssen und Einzelgewerkschaften und hat bereits 1,16 Millionen erreicht.

Sohyo und Domei hatten das Entstehen des IMF-JC zunächst mit großem Argwohn verfolgt, da sie um ihren eigenen Mitgliederbestand fürchteten. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß beide Gewerkschaftstypen – also gemischter Verband und reine Industrieorganisation – nebeneinander bestehen können, ist ihr anfänglicher Widerstand einer Bereitschaft zu begrenzter Kooperation gewichen. Das spiegelt sich auch im gemischten Vorsitz wider, der sich aus Vertretern der drei großen Dachverbände zusammensetzt, während Generalsekretär Ichiro Seto hauptamtlich und ausschließlich für den IMF-JC tätig ist.

Ziel des IMF-JC ist die Koordinierung der Interessen aller japanischen Metallarbeiter ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Verbandszugehörigkeiten und damit eine Stärkung ihres Einflusses in diesem Industriebereich. Angesichts der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der angeschlossenen Gewerkschaften ist das nur durch große Zurückhaltung in politischen Fragen möglich. Dabei bleibt jedoch Voraussetzung, daß der IMF-JC als Mitglied des internationalen Berufssekretariats der Metallarbeiter selbstverständlich den im IBFG zusammengeschlossenen westlichen Gewerkschaften zuzuordnen ist.

Der von den japanischen Metallarbeitern eingeschlagene Weg einer industrieller Zusammenfassung ihrer Berufsgruppen wird vermutlich Nachahmer finden. So ist die Zentrale der Chemiearbeiterinternationale an der Gründung einer japanischen Sektion nicht uninteressiert. Auch wenn durch solche Zusammenschlüsse der jeweilige Industriesektor gestärkt wird, bedeutet auch das noch keine Überwindung der organisatorischen Zersplitterung der japanischen Gewerkschaften. Denn durch die Doppelmitgliedschaft wird das Gewirr der Verbandszugehörigkeiten eher noch vermehrt.

Trotz des unverkennbaren Vordringens des Industrieprinzips ist daher der Ruf nach der Schaffung einer Einheitsfront aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Japans nicht verstimmt. Ganz im Gegenteil hat die Krise der Linken und die wachsende Realisierung des unbefriedigenden Zustands der Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen in Japan den Druck in Richtung auf eine organisatorische Neuordnung der Gewerkschaften verstärkt. Dabei stehen sich zwei Konzepte gegenüber: ein Zusammenschluß unter Ausschluß der Kommunisten, der politisch die DSP und den sozialdemokratischen Flügel der SPJ unterstützen würde, oder eine Vereinigung aller japanischen Gewerkschaften ohne Rücksicht auf ihre politische Ausrichtung, wodurch die Unterstützung einer bestimmten Partei entfallen und damit auch den Kommunisten die Tür geöffnet würde.

Hauptbefürworter einer Einheitsgewerkschaft ohne die Kommunisten sind der Domei-Vorsitzende Takita und der Präsident der Sohyo angeschlossenen Postarbeitergewerkschaft Fumihiko Takaragi. Einen Zusammenschluß unter Einbeziehung der Kommunisten verlangen die früheren Sohyo-Führer Ota und Iwai. Und Sohyo hat auf seinem Jahreskongreß 1970 vier Punkte zur Frage der Vereinigung der Arbeiterfront beschlossen, die ebenfalls in diese Richtung zielen: 1. Als größter Gewerkschaftsverband sollte Sohyo der Ausgangspunkt aller Einigungsbemühungen sein. 2. Das neue „National Center“ solle gegenüber den Arbeitgebern eine militante Haltung einnehmen. 3. Es soll keine bestimmte politische Partei unterstützen. 4. Alle bestehenden nationalen Dachverbände sollen der neuen Organisation beitreten und sich dann auflösen.

Ohne eine Einigung zwischen den beiden entgegengesetzten Grundsatzauffassungen abzuwarten, hat sich zu Beginn des Jahres 1970 eine neue Gruppierung von Gewerkschaftsführern zusammengefunden, die einmal den Kern einer neuen Einheitsgewerkschaft abgeben könnte. Es ist dies der Nationalrat der Vorsitzenden von Gewerkschaften der Privatindustrie „Zenmin Rokon“, eine organisatorisch noch sehr lockere Gemeinschaft interessierter Gewerkschaftsführer fast aller Industriebereiche, die ebenso wie IMF-JC Mitglieder aus allen Dachverbänden vereint und auch Teile von IMF-JC umfaßt. In mehreren Sitzungen, die zunehmend größeren Zulauf gefunden haben, konnte man sich über die Notwendigkeit einer Reorganisierung

der japanischen Gewerkschaften im Grundsatz verständigen. Weiterhin besteht Einigkeit darüber, daß die Gewerkschaften aus dem privatwirtschaftlichen Sektor die Initiative beim Aufbau einer möglichst umfassenden Dachorganisation ergreifen sollen. Eine Verständigung mit den noch abseits stehenden Gewerkschaften dieses Sektors sowie mit den Verbänden des öffentlichen Dienstes wird in einem späteren Stadium angestrebt. Nun geht es darum, einen konkreten Zeitplan sowie die organisatorischen Einzelheiten für die Gründung eines einheitlichen Dachverbands der Gewerkschaften des privaten Sektors auszuhandeln. Die ersten Gespräche darüber haben bereits stattgefunden.

Die Zenmin Rokon-Bewegung, die zunächst auf örtlicher Ebene im Gebiet um Osaka (Westjapan) entstanden ist, hat im Laufe eines knappen Jahres eine beinahe lawinenartige Ausweitung erfahren. Dieser Initialerfolg läßt hoffen, daß die jahrelangen Einigungsbemühungen der japanischen Gewerkschaften, die bisher immer an unüberwindbaren ideologischen Gegensätzen gescheitert sind, diesmal ein entscheidendes Stück vorankommen. Sollte es tatsächlich gelingen, den größten Teil der Gewerkschaften aus dem privatwirtschaftlichen Sektor zusammenzuführen, so wäre die Vorrangstellung des öffentlichen Dienstes in der japanischen Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit ernstlich gefährdet, wenn nicht gar beseitigt. Das müßte zwangsläufig zu einer Abkehr von der Überbetonung ideologischer Streitfragen führen, die bisher die Beziehungen der japanischen Gewerkschaften untereinander, aber auch ihr Verhältnis zu Staat und Arbeitgeberseite so weitgehend gekennzeichnet hat. Sohyos linke Ideologen stünden dann vor der Wahl, sich entweder dieser neuen Entwicklung anzupassen oder den Verlust der führenden Rolle ihres Verbands hinzunehmen.

### **Schwierigkeiten mit Kommunisten und Buddhisten**

Eine saubere Lösung erscheint nach den bisherigen Erfahrungen kaum vorstellbar, zumal es nicht nur um den Konflikt zwischen öffentlichem Dienst und Privatsektor geht. Vielmehr ist die Frage der gewerkschaftlichen Einigung aufs engste mit der Reorganisierung der vier Oppositionsparteien verknüpft, die ebenfalls von mehreren Seiten angestrebt wird. Dabei geht es ähnlich wie bei den Gewerkschaften um den Grad der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, zum anderen aber auch um das Verhältnis zur militant-buddhistischen „Komei“-Partei. Diese stützt sich auf eine religiöse Massenbewegung (mindestens 10 Millionen Mitglieder) zur buddhistischen Erneuerung Japans auf Grund der neuzeitlich adaptierten Lehren des Religionsfanatikers Nichiren aus dem 13. Jahrhundert, die unter dem Namen „Sokagakkai“ nach dem Kriege groß geworden ist.

Sokagakkais rabiate Werbemethoden, ihr militärisch-hierarchischer Aufbau sowie die unverkennbar politischen Ambitionen ihrer Führer haben der Bewegung viele Feinde gemacht. Die Gründung einer eigenen Partei – eben der „Komeito“ – die mit ihren pragmatisch-wohlfahrtsstaatlichen Forderungen in das Wählerreservoir der traditionellen Oppositionsparteien SPJ, DSP und KPJ einzubrechen drohte, verschärfte die Gegensätze. Pläne zur Gründung eines eigenen Gewerkschaftsverbands trugen die Unruhe auch unmittelbar in die Organisationen der Arbeitnehmerschaft.

Inzwischen haben sich die Wogen der Erregung ziemlich geglättet. Die zunächst steile Erfolgskurve der Komeito ist etwas abgeflacht. Das gewerkschaftliche Unternehmen ist mehr oder weniger im Sande versickert. Dazu dürfte nicht zuletzt das Gewerkschaftsmodell beigetragen haben, das den Neu-Buddhisten dabei vorschwebte. Sie wollten in den Klein- und Mittelbetrieben, auf die sie in erster Linie ihr Augenmerk gerichtet hatten, neben den Arbeitern auch den Betriebsinhaber mit erfassen. Denn durch seine Abhängigkeit vom Großunternehmen gleiche seine Stellung mehr der eines Arbeitnehmers als derjenigen des selbständigen Unternehmers. Selbst in Japan fanden derlei harmonische Arbeitsfront-Vorstellungen wenig Anklang. Doch trug gerade dieser eklatante Mißerfolg — wie auch die für Sokagakkai und Komeito peinliche Auseinandersetzung um Versuche, ein ihnen unangenehmes Buch am Erscheinen zu hindern — dazu bei, den Mythos von der Unwiderstehlichkeit der Bewegung zu zerstören.

Mittlerweile arbeiten die beiden sozialistischen Parteien im Parlament in vielen Fragen mit den Vertretern der Komeito zusammen. Und die Generalsekretäre aller drei Parteien treffen sich von Zeit zu Zeit zur Abstimmung ihrer Aktionspläne. Dadurch haben die Bemühungen um eine Reorganisation der Oppositionsparteien — die sich bisher auf die verschiedenen Gruppierungen der Sozialisten und ihr Verhältnis zur KP beschränkten — unversehens eine neue Komponente erhalten. Könnten DSP, Komeito und Teile der SPJ sich zu einer gemeinsamen Partei, mindestens einer dauerhaften Aktionsfront formieren?

Die Schwierigkeiten, die bei Bildung einer Einheitsgewerkschaft überwunden werden müssen, sind durch die veränderte Fragestellung im Bereich der politischen Parteien nicht gerade vermindert worden. Denn unabhängig davon, ob eine Reorganisation der Oppositionsparteien einer Vereinigung der Gewerkschaften vorausgehen oder — das ist wahrscheinlicher — ihr nachfolgen müßte, ist angesichts der engen Beziehungen zwischen Sohyo und SPJ beziehungsweise Domei und DSP eine von einander losgelöste Entwicklung der parallelen Einigungsbewegungen nicht denkbar. Das bedeutet aber, daß letzten Endes nicht nur der Konflikt zwischen öffentlichem Dienst und Privatsektor und das Verhältnis zu den Kommunisten geregelt, sondern auch die Beziehungen zu Komeito/Sokagakkai geklärt werden müssen, bevor es zu einer dauerhaften Bereinigung der organisatorischen Zersplitterung in der japanischen Arbeiterbewegung kommen kann.